

Anträge und Anfrage der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Walsum für die Sitzung der Bezirksvertretung Walsum am 28. August 2025

Duisburg, den 13.08.2025

Antrag: Partnerstadt für den Stadtbezirk Walsum

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und in welcher Form der Stadtbezirk Walsum eine Partnerschaft mit einer anderen Stadt oder einem Stadtbezirk eingehen kann.

Begründung

Zwischen Duisburg und einigen Städten weltweit bestehen Partnerschaften. Der Austausch mit diesen Partnerstädten beschränkt sich in der Regel auf einen kleinen Kreis von ausgesuchten Teilnehmern.

Ein Kontakt mit der Bevölkerung der jeweiligen Partnerstädte ist begrenzt. Nur in Einzelfällen findet über die offiziellen Termine hinaus ein Austausch statt.

Daher bitten wir die Verwaltung die grundsätzliche Möglichkeit einer Partnerschaft zwischen dem Stadtbezirk Walsum und einer anderen Stadt/Stadtbezirk zu prüfen.

Ziel einer solchen Partnerschaft ist es, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Vereinen, Schulen, kulturellen Einrichtungen und weiteren lokalen Akteuren eine zusätzliche Möglichkeit zum Austausch und zur Zusammenarbeit zu bieten. Die Partnerschaft soll dazu beitragen, bestehende Kontakte zu vertiefen und neue Verbindungen zu knüpfen, die für beide Seiten von praktischem Nutzen sind.

Bei der Auswahl eines möglichen Partners soll die Einbindung der Bürgerschaft geprüft werden. Dabei kann eine thematische oder historische Verbindung zu Walsum berücksichtigt werden, ebenso ist eine völlig ergebnisoffene Auswahl möglich. Wichtig ist, dass die Partnerschaft so gestaltet wird, dass sie von den Menschen im Stadtbezirk mitgetragen und aktiv genutzt werden kann.

Die Prüfung soll auch mögliche organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie Fördermöglichkeiten für den Austausch umfassen.

Antrag:**Insektenfreundliche Baumscheiben: Pflege, Begrünung und Bürgerbeteiligung in Walsum stärken**

Die Bezirksvertretung Walsum bittet die Stadtverwaltung, ein Konzept zur Pflege und ökologischen Aufwertung der Baumscheiben im Stadtbezirk zu entwickeln. Ziel ist es, ungepflegte Baumscheiben schrittweise in insektenfreundlich bepflanzte, gepflegte Grüninseln zu verwandeln. Möglichst unter aktiver Einbindung der Bürgerschaft.

Konkret soll geprüft werden:

1. Wo im Stadtbezirk sich besonders viele ungepflegte oder verdichtete Baumscheiben befinden
2. Wie eine insektenfreundliche Bepflanzung mit robusten, pflegearmen Stauden und Kräutern stadtweit empfohlen und standortangepasst realisiert werden kann
3. Ob und wie ein Patenschaftsmodell für Baumscheiben (z. B. durch Anwohner, Schulen, Nachbarschaftsinitiativen) eingerichtet, reaktiviert oder öffentlichkeitswirksamer beworben werden kann, sodass das Angebot von einem Großteil der Bevölkerung wahrgenommen wird.
4. Welche Unterstützungsangebote durch die Verwaltung denkbar sind (z. B. Startersets mit Saatgut, Bodenaufbereitung, Mulchmaterial, Infokarten)
5. Wie gepflegte Baumscheiben durch kleine Schilder („Diese Baumscheibe hilft Bienen und Schmetterlingen – gepflegt von ...“) kenntlich gemacht werden können

Die Bezirksvertretung bittet außerdem um einen Vorschlag, welche Flächen im Bezirk sich für ein Pilotprojekt eignen. Etwa im Umfeld von Schulen, Kitas, stark frequentierten Straßen oder in den Ortskernen.

Begründung:

Viele Baumscheiben in Walsum wirken ungepflegt, vermüllt oder verdichtet und verschenken dabei Potenzial. Mit wenig Aufwand lassen sich diese Flächen ökologisch aufwerten und das Stadtbild sichtbar verbessern. Durch insektenfreundliche Pflanzen entstehen kleine Biotope mitten im Straßenraum, die Nahrung und Lebensraum für Wildbienen, Schmetterlinge und andere Arten bieten.

Neben der Obstbaum-Kampagne der Wirtschaftsbetriebe Duisburg sieht die CDU-Fraktion im beschriebenen Vorschlag eine weitere Maßnahme für die ökologische Aufwertung unseres Stadtbezirks.

Gleichzeitig wird bürgerschaftliches Engagement gestärkt: Wer sich um „seine“ Baumscheibe kümmert, entwickelt ein anderes Verhältnis zur Umgebung. Das fördert Verantwortungsbewusstsein und das Miteinander im Quartier. Sichtbar, praktisch und mit positiver Signalwirkung.

Antrag

Digitale Infotafel für den Stadtbezirk Walsum: Pilotprojekt an geeigneter Stelle prüfen!

Die Bezirksvertretung Walsum bittet die Stadtverwaltung zu prüfen, ob an geeigneter Stelle an öffentlichen Plätzen im Stadtbezirk Walsum eine digitale Infotafel eingerichtet werden kann, die sowohl städtische Informationen als auch aktuelle Hinweise aus dem Stadtbezirk sichtbar macht.

Dabei soll insbesondere Folgendes berücksichtigt werden:

- Anzeigen von Veranstaltungen, Bürgersprechstunden, Vereinsangeboten und öffentlichen Mitteilungen
- Integration von ÖPNV-Echtzeitdaten (Buslinien, Verspätungen, Anbindungen)
- Technische Umsetzung mit barrierearmer Gestaltung (z. B. gut lesbare Schrift, Bedienung durch Touch oder automatisch wechselnde Inhalte)
- Einbindung bereits bestehender digitaler Inhalte, z. B. aus dem städtischen Veranstaltungskalender oder von Partnern (z. B. VHS, Bibliothek, Bezirksverwaltungsstelle)

Zudem wird gebeten zu prüfen, ob die Umsetzung im Rahmen bestehender Smart-City-Infrastruktur, von Werbeträgerkooperationen oder durch Nutzung vorhandener Anschlüsse (z. B. an Haltestellen oder Verwaltungsgebäuden (Stadtbibliothek)) erfolgen kann.

Begründung:

Der Kometenplatz und auch der Franz-Lenze-Platz sind als öffentlich gut frequentierte Plätze zentrale Treffpunkte im Stadtbezirk Walsum – mit Verwaltung, Wochenmarkt, Haltestellen, Veranstaltungen und öffentlichem Leben. Eine digitale Infotafel kann dort den Zugang zu Informationen verbessern, das Stadtleben stärken und moderne Bürgerkommunikation sichtbar machen.

Gerade für ältere Menschen, die weniger mobil oder online-affin sind, kann ein solcher Informationspunkt eine wichtige Brücke zur digitalen Welt sein. Gleichzeitig wird die Stadt als serviceorientiert und zeitgemäß erlebbar. Die technische Umsetzung ist mit heutigen Standards gut skalierbar, z. B. über wetterfeste Outdoor-Stelen.

Ein solches Pilotprojekt in Walsum könnte bei Erfolg auf andere Stadtteile übertragen werden.

Antrag

Stärkung der sichtbaren Präsenz des Ordnungsdienstes im Stadtbezirk Walsum

Die Bezirksvertretung Walsum bittet die Stadtverwaltung, den kommunalen Ordnungsdienst (SAD) mit regelmäßigen, gut sichtbaren Präsenzzeiten an ausgewählten Brennpunkten im Stadtbezirk Walsum zu betrauen. Dabei sollen insbesondere folgende Orte in den Fokus genommen werden:

- Kometenplatz und Fußgängerzone Aldenrade
- Franz-Lenze-Platz und direktes Umfeld
- Spielplätze und Schulumfeld in stark frequentierten Bereichen
- Stadthalle Walsum und Umgebung

Die Einsätze sollen, soweit personell möglich, zeitlich angepasst an typische Konfliktlagen erfolgen. Insbesondere in den späten Nachmittags- und frühen Abendstunden, an Wochenenden sowie bei Veranstaltungen oder Ferienzeiten.

Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, das bestehende Einsatzkonzept zu prüfen und ggf. anzupassen sowie der Bezirksvertretung eine Einschätzung zu personellen Möglichkeiten und zu bereits erfolgenden Einsätzen zu geben.

Begründung:

Auch wenn mit der dauerhaften Installierung des Ordnungsdienstes für jeden Stadtbezirk ein wichtiger Schritt unternommen wurde, ist aus Sicht der CDU-Fraktion nun der nächste Schritt, die vorhandenen Kapazitäten den gegebenen Realitäten, auch in Walsum, anzupassen.

Im Stadtbezirk Walsum häufen sich Rückmeldungen aus der Bürgerschaft zu Belästigungen, aggressivem Verhalten im öffentlichen Raum und einem nachlassenden subjektiven Sicherheitsgefühl. Auch kleinere Sachbeschädigungen und Vermüllung tragen dazu bei. Ebenso häufen sich Rückmeldungen aus der Bürgerschaft zu den oben beschriebenen Orten, die zum Teil – aufgrund geringer sozialer Kontrolle – als Schauplätze für Drogendealer und entsprechende Klientel herhalten müssen.

Eine regelmäßige, sichtbare Präsenz des Ordnungsdienstes kann deeskalierend wirken, Verantwortungsbewusstsein stärken und das Vertrauen in kommunales Handeln erhöhen. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine dauerhafte Überwachung, sondern um präsente Ansprechbarkeit und präventive Präsenz an sensiblen Orten. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine enge Abstimmung mit Polizei und Streetwork, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Ressourcen gezielt einzusetzen.

Antrag

Stärkung der mobilen Jugendarbeit in den Walsumer Stadtteilen

Die Bezirksvertretung Walsum bittet die Verwaltung zu prüfen, in welchem Umfang die mobile Jugendarbeit in Walsum verstärkt werden kann.

Dabei soll insbesondere geprüft werden:

- wie häufig und an welchen Orten mobile Jugendarbeit derzeit im Stadtbezirk aktiv ist,
- ob personelle oder strukturelle Aufstockungen erforderlich sind,
- und ob zusätzliche mobile Angebote oder feste Ansprechpersonen für Jugendliche vor Ort etabliert werden können.

Begründung:

Mobile Jugendarbeit ist eine Form der sozialpädagogischen Arbeit mit jungen Menschen, bei der die Fachkräfte nicht darauf warten, dass die Jugendlichen zu ihnen kommen, sondern aktiv dorthin gehen, wo sich junge Menschen aufhalten – zum Beispiel auf der Straße, in Parks, an (Bus) Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Punkten.

Ziel ist es niedrigschwellige Präventionsangebote zu initialisieren, Konflikte frühzeitig zu erkennen und dadurch das Sicherheitsgefühl im Stadtteil zu verbessern. Die Mobile Jugendarbeit verfolgt darüber hinaus das Ziel, präventive Angebote zur Förderung der psychosozialen Gesundheit, Konfliktbewältigung und gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen zu schaffen. Dabei liegt der Fokus auf einem niedrigschwelligen Zugang, um insbesondere jene Jugendlichen zu erreichen, die durch bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebote nicht oder nur schwer angesprochen werden.

In Teilen von Walsum kommt es vermehrt zu Beschwerden über Jugendgruppen, Lärmbelästigung, Sachbeschädigungen und eine als angespannt empfundene Atmosphäre im öffentlichen Raum. Dies ist etwa für die Stadtteile Aldenrade, Fahrn, Wehofen und Vierlinden festzustellen. Gleichzeitig fehlen sichtbare Ansprechpersonen für Jugendliche, insbesondere in den Abendstunden. Studien zeigen, dass die aufsuchende Jugendarbeit dazu beitragen kann, Spannungen zu reduzieren, Vertrauen aufzubauen und Jugendlichen Orientierung zu geben. Aus Sicht der CDU-Fraktion können mobile Freizeitangebote oder mobile Treffpunkte (z. B. Jugendbus) schnelle Lösungsansätze sein. Sie bringen Freizeit- und Unterstützungsangebote direkt zu den jungen Menschen und verbessern so die Präventionsarbeit.

Anfrage

Situation der Nünninghoff-Sporthalle

Die Nünninghoff-Sporthalle stellt einen wichtigen Baustein der Sport- und Bildungsinfrastruktur in Walsum dar. Sie wird seit vielen Jahren vielfältig genutzt – von Sportvereinen ebenso wie von Schulen – und ist aufgrund der angespannten Hallensituation im Duisburger Norden kaum ersetzbar. Die Unsicherheit über die Zukunft der Halle erschwert derzeit nicht nur die langfristige Planung für die betroffenen Vereine, sondern auch eine verlässliche Steuerung des Schulsports. Aus Sicht der CDU-Fraktion besteht daher dringender Informations- und Klärungsbedarf sowie eine aktive Unterstützung der Verwaltung für die Nutzer in der Alternativplanung.

Die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Walsum bittet die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen zur aktuellen und zukünftigen Nutzung der Nünninghoff-Sporthalle:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich des Brandschadens, der im vergangenen Jahr an der Nünninghoff-Sporthalle entstanden ist? Welche Maßnahmen wurden seitdem zur Schadensermittlung, Sicherung oder Instandsetzung ergriffen?
2. Liegt ein Sanierungskonzept vor, oder wird seitens der Verwaltung ein Abriss und gegebenenfalls ein Neubau in Erwägung gezogen?
3. Welche Planungen gibt es perspektivisch für den Standort? Wird ein Erhalt als Sporthalle angestrebt, oder sind alternative Nutzungen der Fläche im Gespräch? Anhängend: Werden hierzu bereit vertieft Gespräche hinsichtlich der Fläche geführt?
4. Welche Vereine und Schulen waren bislang auf die Halle angewiesen, und welche konkreten Ausweichmöglichkeiten wurden ihnen seither zur Verfügung gestellt?
5. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Bedarfe des Vereinssports und des Schulsports im Duisburger Norden insgesamt berücksichtigt und auch künftig gedeckt werden können?

Antrag

Errichtung des „Sportzentrum Walsum“

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in Walsum - für Walsum und den Duisburger Norden - einen zentralen Sport-, Roll-, BMX-, Scooter-, und Kletterpark - Indoor/Outdoor - zu entwickeln, auszubauen und zu betreiben. Andere rollsport-affine Städte wie Dortmund, Düsseldorf, Essen, Wuppertal, Solingen, um nur einige beispielhaft zu nennen, haben solche Zentren mit gutem Erfolg realisiert und dem Roll- und Freizeitsport neue Impulse gegeben. Die Indoor/Outdooranlagen sollen ausreichend bemessen und - soweit erforderlich- barrierefrei angelegt sein. Auch sollte ein Indoor-Bereich den WCMX-Skatern (Rollstuhlssport) zugänglich sein. Das Zentrum soll sowohl den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ausreichend genügen.

Der Park sollte aus Sicht der CDU-Fraktion beispielhaft enthalten:

- Boulderfelsen
- Boulebahnen
- BMX-Strecken
- Kalisthenie-Pavillon
- Pumptracks - auch für Kinder
- Kletternetze
- Kletterwald
- Trampoline
- Gym-Stationen
- Tischtennisplatten
- Halle für Climbing, Skatern, Scootern mit Rampen, Halfpipe, Bowls und Jumpboxen für Wallride-, Blade-, BMX- und Wheelchair-Begeisterte, mit Darts, Kickern und Tischtennis

Begründung:

Duisburg ist Sportstadt - und Walsum ist traditionelle ein Rollsportzentrum. Die RESG Walsum spielt seit vielen Jahren in der höchsten deutschen Spielklasse für Rollhockey (Bundesliga) und auch die Kunstlaufabteilung hat jahrzehntelang einen hervorragenden Namen im deutschen Rollkunsport. Die Begeisterung in der Bevölkerung für den Rollsport ist nach wie vor gegeben.

In den letzten Jahrzehnten hat jedoch die öffentliche und kommunale Unterstützung nachgelassen. Neue Rollsportarten sind hinzugetreten. Diese konnten sich im Duisburger Norden aufgrund eines Mangels an Flächenbereitstellung und Unterstützung nicht oder nur nischenhaft entwickeln.

Nach der Fusion der beiden Fußballvereine Wacker Walsum und Spielverein Walsum zum neuen Verein Eintracht Walsum wurde die Platzanlage des Spielvereins Walsum aufgegeben. Hier sollte - so war es zwischen der Bezirksvertretung Walsum und der Verwaltung in Duisburg vereinbart, und in

der Bezirksversammlung Walsum beschlossen - eine große Freizeitanlage für Trend- und Rollsport entstehen. Mit Beschluss des Rates der Stadt Duisburg vom 04.12.2024 ist dieses Vorhaben obsolet geworden. Der Rat der Stadt Duisburg hat beschlossen, die Sportflächen an der Friedrich-Ebert-Straße an die Duisburger Verkehrs AG zu veräußern. Der Verkauf ist in 2025 vollzogen worden. Auf diesen Flächen sollen zusätzliche Abstellanlagen für die DVG insbesondere für neue Straßenbahnen geschaffen werden. Durch die Veräußerung des Geländes wurden Einnahmen von rund 2,5 Millionen Euro erzielt. Diese Einnahmen sollten aus Sicht der CDU-Fraktion dem Stadtbezirk Walsum auch wieder zugutekommen.

Der Bezirk Walsum braucht ein zentrales Sportzentrum mit vielen Angeboten für alle Bevölkerungsgruppen und -schichten. Dieses Zentrum wird auch den etablierten Sportvereinen neue Mitglieder zuführen, die Sportbegeisterung erhalten und ausbauen sowie auch der Gesundheitsvorsorge der Menschen zugutekommen. Als zentraler Ort für das Sportzentrum Walsum ist nach Ansicht der CDU-Fraktion die Grünzone östlich der Römerstraße bis westlich der Friedrich-Ebert-Straße besonders geeignet (siehe Kartenausschnitt). Durch Einbeziehung der bereits vorhandenen Sportanlagen lässt sich aus Sicht der CDU-Fraktion hier ein hervorragendes zentrales Sportzentrum entwickeln, was viele Menschen nutzen können.

Kartenausschnitt:



Antrag

(wurde bereits am 12.08.2025 an Herrn Salomon und die Bezirksverwaltung per Mail gesendet!)

Mehr Sicherheit und weniger Lärm auf der Friedrich-Ebert-Straße und Römerstraße.

Die Bezirksvertretung Walsum möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Friedrich-Ebert-Straße und die Römerstraße unter Einholung einer Stellungnahme der Polizei zu prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Minderung der Lärmbelastung erforderlich und möglich sind. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Bewertung der aktuellen Verkehrssituation und möglicher Gefahrenlagen.
2. Auswertung vorhandener Messdaten zur Häufigkeit und Höhe von Geschwindigkeitsüberschreitungen.
3. Prüfung, ob und wann mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt wurden und mit welchem Ergebnis.
4. Rechtliche Bewertung, ob auf dieser Grundlage stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen nach § 45 StVO zulässig sind (Friedrich-Ebert-Straße und ggf. Römerstraße).
5. Unabhängig davon: Prüfung, ob Tempo-30-Anordnungen auf Teilabschnitten der Römerstraße oder der Friedrich-Ebert-Straße rechtlich zulässig und verkehrlich sinnvoll sind – insbesondere unter Berücksichtigung von Lärmschutz oder besonderer Gefahrenlagen.
6. Prüfung der Lärmbelastung durch den Einsatz geeigneter Messgeräte oder durch Teilnahme an Pilotprojekten zur akustischen Verkehrsüberwachung („Lärmblitzer“) in Zusammenarbeit mit der Polizei.

Begründung:

Sowohl die Friedrich-Ebert-Straße als auch die Römerstraße gehören zu den stark befahrenen Straßen in Walsum. Raserei ist dort seit Jahren ein wiederkehrendes Problem, das von vielen Anwohnerinnen und Anwohnern als belastend empfunden wird. Hinzu kommt die erhebliche Lärmbelastung, insbesondere durch Fahrzeuge mit manipulierten oder besonders lauten Auspuffanlagen. Beschwerden aus der Bürgerschaft liegen seit langem vor.

Bereits 2021 hat die CDU Walsum für beide Straßen Anträge gestellt – für die Friedrich-Ebert-Straße die Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung, für die Römerstraße die Einführung von Tempo 30 an bestimmten Abschnitten. Beide Anträge wurden seinerzeit mit Verweis auf die geltende Rechtslage abgelehnt.

Da sich die Verkehrssituation, die technischen Überwachungsmöglichkeiten und ggf. die rechtlichen Rahmenbedingungen seitdem verändert haben können, ist eine erneute, umfassende Prüfung erforderlich. Ziel ist eine sachliche, transparente und rechtssichere Lösung, die der Verkehrssicherheit dient, die Lärmbelastung verringert und die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner weiter verbessert.

Für die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Walsum: Björn Pollmer (Vorsitzender)